

UNICEF

F	A
<p>Zum Thema Bildung:</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>In Hessen leben über eine Million Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre. Kinder haben das Recht auf gleiche Bildungschancen unabhängig von Herkunft und Wohnort und damit auf gute Startchancen in ein selbstbestimmtes Leben. Welche Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung des Bildungssystems haben Sie kurz-, mittel und langfristig vorgesehen, um dieses Ziel auch für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen?</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>Wie ist die vorgesehene Finanzierung im Bildungsbereich gesichert? (Allein aus Landes- und Bundesmitteln?) Nach welchen Kriterien sollen die Mittel verteilt werden?</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>Welche Maßnahmen planen Sie, um die Qualität der vorschulischen und schulischen Bildung einschl. Berufsbildung gerade für benachteiligte Kinder zu verbessern?</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>Von pandemiebedingten Belastungen und deren Nachwirkungen waren und sind Kinder stark betroffen. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass jungen Menschen, die Übergänge und Entwicklungsschritte verpasst haben, ausreichende Ressourcen an pädagogischen und therapeutischen Fachkräften zur Verfügung gestellt werden?</p>	<p>Die folgenden Maßnahmen und Initiativen, die bis in das Jahr 2023 hineinreichen, sind entscheidend, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche, die von den Belastungen der Pandemie betroffen sind, die notwendige Unterstützung erhalten, um ihre Bildung und Gesundheit zu fördern und verpasste Entwicklungsschritte aufzuholen:</p> <p>Zunächst, die Fortsetzung des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" bis in das Jahr 2023 gewährleistet die Bereitstellung von zwei Milliarden Euro, um Lernrückstände abzubauen und eine breite Palette von Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Familien anzubieten. Dazu gehören auch verstärkte psychosoziale Angebote sowie der Ausbau der Schulsozialarbeit, um die soziale und emotionale Entwicklung der jungen Menschen zu begleiten.</p> <p>Dann, die Stärkung der psychosozialen Unterstützung bleibt ein Schlüsselziel. Dies umfasst eine Sensibilisierung der Fachkräfte für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, den gezielten Ausbau von Therapieplätzen und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und der Gesundheitsversorgung auf kommunaler Ebene. Dies stellt sicher, dass junge Menschen, die unter den Auswirkungen der Pandemie leiden, zeitnah Zugang zu den erforderlichen therapeutischen und psychosozialen Diensten haben.</p> <p>Außerdem ist die Förderung von Gesundheitsprävention durch Initiativen wie die Bewegungskampagne des BMFSFJ und Angebote zur gesunden Ernährung im Jahr 2023 weiterhin von Bedeutung. Diese Maßnahmen sollen die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken und potenziellen gesundheitlichen Folgen der Pandemie entgegenwirken.</p> <p>Des Weiteren ist die Fortführung der Forschung und Datenanalyse entscheidend. Dies schließt die Untersuchung von Themen wie Long Covid bei Kindern und anderen Gesundheitsaspekten ein. Durch diese Forschung wird sichergestellt, dass Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen auf fundierten Erkenntnissen basieren.</p> <p>Schließlich sollte das Kinder-Untersuchungsprogramm genutzt werden, um mögliche Belastungen und Risiken, die sich aus den Pandemie-Bedingungen ergeben, zu identifizieren. Hierdurch können gezielte Empfehlungen für Unterstützungs- und Förderangebote ausgesprochen werden, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche die benötigte Unterstützung erhalten.</p>
<p>Zum Thema Armut und Chancengleichheit:</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>Armut hat Auswirkungen darauf,</p>	<p>Die Einführung der Kindergrundsicherung ist für uns Freie Demokraten ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Kinderarmut in Deutschland, insbesondere vor dem Hintergrund, dass fast jedes vierte Kind von Armut oder</p>

F	A
<p>wie junge Menschen aufwachsen und welche Entwicklungsmöglichkeiten sie in ihrer Kindheit und Jugend haben. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2023 über Kinderarmut in Deutschland liegt die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Hessen bei 24,4%, d.h. jedes vierte minderjährige Kind ist betroffen. Welche notwendigen Reformen gegen Kinderarmut schlagen Sie vor und welche Maßnahmen für von Armut betroffene und armutsgefährdete junge Menschen werden Sie zeitnah umsetzen?</p> <p>□</p> <p>Während der Pandemie ist es zu mehr Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gekommen. Das Dunkelfeld ist sehr groß. Viele Mädchen und Jungen müssen Gewalt erfahren, ohne dass ihr Leid bekannt und aufgearbeitet wird. Welche Ressourcen werden Sie einsetzen, um Gewalt – einschl. sexueller Gewalt - genderdifferenziert zu verhindern und die Folgen abzumildern?</p> <p>□</p> <p>Welche Maßnahmen planen sie, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen für geflüchtete Menschen angemessen zu schützen?</p>	<p>sozialer Ausgrenzung betroffen ist, war ein entschlossenes Handeln dringend notwendig. Die Kindergrundsicherung soll ab 2025 bestehende Leistungen für Familien zusammenfassen und damit bürokratische Hürden reduzieren. Sie besteht aus einem einkommensunabhängigen Garantiebetrag und einem nach Alter gestaffelten Zusatzbetrag, der vom Einkommen der Eltern abhängt. Damit sollen alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer familiären Situation, von der Kindergrundsicherung profitieren können. Die finanzielle Einigung über 2,4 Milliarden Euro zur Zusammenführung der Leistungen und Verwaltungskosten ist ein wichtiger Schritt für die finanzielle Nachhaltigkeit der Kindergrundsicherung. Es ist jedoch zu beachten, dass wir derzeit über die Bundesebene in Verhandlung stehen und daher keine abschließenden Aussagen über mögliche Erhöhungen der Leistungen vortragen können. Wir Freie Demokraten betonen jedoch die Bedeutung von Anreizen zur Aufnahme von Erwerbsarbeit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Familien, um sicherzustellen, dass die Kindergrundsicherung Familien ermutigt, auf eigenen Beinen zu stehen. Die geplante Online-Beantragung und der "Kindergrundsicherungs-Check" sind positive Schritte zur Verbesserung der Transparenz und des Zugangs zu den Leistungen. Wir sind zuversichtlich, dass wir bald eine Einigung erzielen werden, damit die Kindergrundsicherung wie geplant im Januar 2025 starten kann. Dies wird dazu beitragen, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland nachhaltig zu verbessern.</p> <p>Es braucht separate und angemessene Unterkünfte und Einrichtungen für Familien und alleinstehende Erwachsene bereitzustellen. Die Rechte von Kindern auf familiäre Einheit und elterliche Sorge sind in internationalen Menschenrechtsabkommen und Kinderrechtskonventionen geschützt. Es ist entscheidend, dass Kinder, einschließlich derjenigen in Einrichtungen für geflüchtete Menschen, in einer familiären Umgebung aufwachsen können. Die Sicherheit und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen sollten jedoch weiterhin gewährleistet werden, und die Einrichtungen sollten Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche in einer sicheren und unterstützenden Umgebung leben können, sei es mit ihren Eltern oder anderen geeigneten Pflegepersonen. Es ist wichtig, die Familienzusammenführung zu unterstützen und sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche in der Obhut ihrer Eltern oder anderer geeigneter Pflegepersonen bleiben können, sofern dies im besten Interesse des Kindes liegt. Darüber hinaus ist es entscheidend sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche angemessene medizinische Versorgung und psychologische Unterstützung erhalten, um ihre physische und emotionale Gesundheit zu gewährleisten. Außerdem sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Kinder und Jugendliche vor Gewalt, Missbrauch und</p>

F	A
	<p>Ausbeutung zu schützen. Dazu gehören Schulungen für Mitarbeiter und die Implementierung von Schutzmechanismen. Um anzuschließen sollte nicht zuletzt sichergestellt werden, dass entsprechende Bildungsprogramme an die Bedürfnisse dieser Kinder und Jugendliche angepasst werden, damit Kinder und Jugendliche Zugang zu formaler und informeller Bildung Zugang haben und ihre Entwicklung gefördert wird.</p> <p>Um Kinder und Jugendliche vor Gewalt zu schützen, sind verschiedene Ansätze gefordert: Eine wichtige Ressource ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und von Fachkräften für das Problem der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Aufklärungskampagnen und Schulungen können dazu beitragen, Menschen besser für die Anzeichen von Gewalt zu sensibilisieren. Weitergehend gilt es frühzeitig zu intervenieren und präventiv zu arbeiten. Hierzu gehören Schulungen für Lehrer, Erzieher und Gesundheitspersonal, um Anzeichen von Gewalt bei Kindern und Jugendlichen zu erkennen. Frühe Hilfeangebote und Beratungsstellen können in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus gilt es sicherzustellen, dass Opfer von Gewalt angemessene Unterstützung und Hilfe erhalten. Dazu gehören therapeutische Unterstützung, psychologische Betreuung und rechtliche Hilfe. Grundsätzlich schätzen wir Freie Demokraten genderdifferenzierte Ansätze. Wir erkennen an, dass Mädchen und Jungen möglicherweise unterschiedliche Formen der Gewalt erleben und unterschiedliche Bedürfnisse haben. Daher ist es wichtig, genderdifferenzierte Ansätze zu verfolgen. Dies erfordert eine gezielte Analyse und die Entwicklung von Programmen und Diensten, die auf die spezifischen Bedürfnisse beider Geschlechter eingehen. Um Opfern von Gewalt eine schnelle und effektive Unterstützung zu bieten, befürworten wir leicht zugängliche Beratungsstellen und den Ausbau von Notfallnummern.</p>
<p>Zum Thema Beteiligung</p> <p style="text-align: center;">□</p> <p>Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ein grundlegend wichtiger Baustein für gutes Aufwachsen. Wie werden Sie die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Gestaltung der Landespolitik und konkret in der Landesplanung berücksichtigen?</p> <p style="text-align: center;">□</p> <p>In Hessen ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in § 8 des Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert. Andere Bundesländer wie Brandenburg oder Hamburg haben die Regelung für die Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und</p>	<p>Unsere Vision ist es, Hessen zu einem Ort zu machen, an dem Kinder und Jugendliche aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung teilhaben können und ausreichend Möglichkeiten haben, sich zu entfalten und zu beteiligen. Wir sind überzeugt, dass dies entscheidend ist, um eine lebendige und zukunftsorientierte Gesellschaft aufzubauen. Für das Thema Beteiligung haben wir Freie Demokraten daher die folgenden Ansätze und Maßnahmen vorgesehen:</p> <p>Erstens, die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Gestaltung der Landespolitik und konkret in der Landesplanung zu berücksichtigen, ist für uns von grundlegender Bedeutung. Wir werden dafür sorgen, dass die Anliegen junger Menschen in allen relevanten Politikbereichen und Planungsprozessen Gehör finden. Dies umfasst die Einrichtung von speziellen Gremien und Plattformen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie die Schulung von Entscheidungsträgern, um ihre Sensibilität für diese Belange zu stärken.</p>

F	A
<p>Jugendlichen erweitert, in dem diese in allen sie betreffenden Angelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte haben. Ist eine Erweiterung der aktuellen Regelung in Hessen von Ihrer Partei vorgesehen?</p> <p style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></p> <p>Gibt es aus Ihrer Sicht ausreichend öffentliche und kostenfreie Räume und Begegnungsräume für Kinder und Jugendliche in Hessen?</p>	<p>Zweitens, in Bezug auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Hessen werden wir die bestehenden Regelungen evaluieren und prüfen, ob eine Erweiterung der aktuellen Regelung notwendig und sinnvoll ist. Wir sind offen für eine Erweiterung, wenn dies dazu beiträgt, die Beteiligung und Mitwirkung junger Menschen in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu stärken und ihre Rechte zu fördern.</p> <p>Drittens, die Bereitstellung öffentlicher und kostenfreier Räume und Begegnungsräume für Kinder und Jugendliche in Hessen ist ein wichtiger Schwerpunkt unserer Politik. Wir werden sicherstellen, dass ausreichend solche Räume vorhanden sind, in denen junge Menschen sich treffen, austauschen und aktiv sein können. Dies umfasst die Schaffung von Jugendzentren, Sportanlagen, kulturellen Einrichtungen und öffentlichen Plätzen, die für Kinder und Jugendliche zugänglich sind.</p>
<p>Zum Thema Klimaschutz</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>Klimaschutz ist Kinderschutz! Die Hessische Landesregierung hat bereits im März 2017 den Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025 beschlossen, mit dem bis 2025 40 Prozent der CO₂-Emissionen eingespart werden sollen. Bis 2050 sollen mindestens 90 Prozent Einsparungen und damit Klimaneutralität erreicht werden. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor möglichen Naturkatastrophen in Hessen unter Berücksichtigung der Vulnerabilität junger Menschen?</p> <p><input type="checkbox"/></p> <p>Luftverschmutzung ist für die Gesundheit von Kindern sehr schädlich. Welche Maßnahmen im Umwelt- und Verkehrsbereich konkret haben Sie im Rahmen der behördlichen Zuständigkeiten in Hessen vorgesehen?</p>	<p>Zunächst ist festzuhalten, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Auswirkungen des Klimawandels und der Luftverschmutzung in Hessen von großer Bedeutung ist. Diese beiden Herausforderungen sind eng miteinander verbunden und erfordern eine umfassende politische Strategie.</p> <p>In Bezug auf den Schutz vor Naturkatastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel planen wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Erarbeitung eines ganzheitlichen Katastrophenschutzkonzepts, das die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt. Hierbei liegt ein Schwerpunkt auf der Schaffung sicherer Rückzugsorte in Schulen und Gemeinden sowie auf der Schulung von Lehrkräften und Betreuungspersonal, um in Krisensituationen adäquat handeln zu können. • Die Förderung von Bildungsprogrammen und Aufklärungsmaßnahmen, um junge Menschen über den Klimawandel und seine potenziellen Auswirkungen zu informieren. Dies umfasst auch die Vermittlung von Fähigkeiten zur Bewältigung von Stress und Angst im Kontext des Klimawandels. <p>Im Hinblick auf die Luftverschmutzung und deren Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen setzen wir auf folgende politische Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die verstärkte Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, um den Individualverkehr zu reduzieren und die Luftqualität zu verbessern. Hierzu gehört der Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen sowie die Schaffung sicherer Radwege, um junge Menschen zur umweltfreundlichen Mobilität zu ermutigen. • Die Einführung von Umweltzonen und die Unterstützung von emissionsarmen Fahrzeugen, um die Luftverschmutzung in städtischen Gebieten, insbesondere in der Nähe von Schulen und Kindertagesstätten, zu reduzieren. • Die Förderung von Grünflächen und urbanen Gärten, um die Luftqualität zu verbessern und

F	A
<p>Zum Thema Kinderrechte auf Bundesebene:</p> <p style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></p> <p>Werden Sie sich für die Aufnahme der Kinderrechte im Grundgesetz einsetzen?</p> <p style="text-align: center;"><input type="checkbox"/></p> <p>Werden Sie sich für die geplante Kindergrundsicherung einsetzen?</p>	<p>jungen Menschen gesunde Umgebungen für ihre Freizeitgestaltung zu bieten.</p> <p>In unserer Regierungskoalition auf Bundesebene haben wir eindeutig beschlossen, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da es die Kinderrechte auf die höchste rechtliche Ebene in unserem Land heben würde. Wir sind davon überzeugt, dass Kinder nicht nur die Zukunft unseres Landes sind, sondern auch gegenwärtig unser aller besonderen Schutz und unsere Anerkennung verdienen. Die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz würde sicherstellen, dass die Interessen, Bedürfnisse und Rechte von Kindern in jeder politischen Entscheidung und in jeder Gesetzgebung angemessen berücksichtigt werden. Dies ist ein entscheidender Schritt, um sicherzustellen, dass Kinder in Deutschland in einer Umgebung aufwachsen können, die ihre Entwicklung, ihr Wohlbefinden und ihre Zukunft bestmöglich fördert.</p>